

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

Wir kommen zu Punkt 17 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 21/736, Antrag der CDU-Fraktion: Fachkräftemangel bekämpfen – "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" gründen und Lernräume für Flüchtlinge einrichten.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Fachkräftemangel bekämpfen – "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" gründen und Lernräume für Flüchtlinge einrichten  
– Drs 21/736 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion, bitte.

**Franziska Grunwaldt** CDU:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie viele Unternehmen jeder Art und Größe derzeit um die Besetzung ihrer Lehrstellen ringen, muss ich Ihnen nicht erzählen, das ist Ihnen allen bekannt. Mit der Gründung einer "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" geht es aber ganz klar nicht nur darum, mit den jungen Menschen, die zu uns kommen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es geht in erster Linie darum, ihnen eine berufliche Perspektive in unserer Stadt anzubieten und traumatisierte Erinnerungen zu bewältigen. Es geht um das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

Unbestritten sind derzeit schon sehr gute Angebote vorhanden, die sollen auch weiter bestehen bleiben und weiter wachsen. Aber diese Kräfte müssen im Interesse aller gebündelt werden. Es ist im Moment ziemlich schwierig, auf dem Homepage-Wirrwarr durchzusteigen, mit Tausenden von Links zu verschiedenen Angeboten. Das stelle ich mir, gerade, wenn man mangelnde Deutschkenntnisse hat, extrem schwierig vor. Natürlich ist es allein mit der Gründung einer Allianz nicht getan, das ist uns auch völlig klar. Deutschkurse müssen von Anfang an stattfinden, und ein früher Übergang in eine normale Wohnsituation gehört auch dazu.

Die von uns geforderte Allianz umfasst aber die beiden stärksten integrativen Kräfte, die Ausbildungsstelle und den Sportverein. Es geht also um intensive Beratung und gezielte Talentförderung. Normalerweise zitiere ich nicht so gern, aber jetzt muss ich das doch tun, nämlich aus einer Bertelsmann-Studie, die im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, mit dem Titel "Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland". Besser als in dieser Studie kann man es nicht formulieren:

"Ausgrenzung aus dem Arbeitsleben, Unterbeschäftigung und Armut sind für Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland gravierende menschliche Probleme. Zugleich schadet der Ausschluss der Asylbewerber

und Geduldeter aus tätiger Arbeit dem gesamten Land, vielfältige soziale und wirtschaftliche Chancen werden nicht genutzt."

In dieser Studie wird auch erwähnt, dass insbesondere Ausbildungsverhältnisse mehr durch informelle Kontakte als durch formelle Institutionen in kleine und mittlere Unternehmen vermittelt werden. Hier besteht also eindeutig Handlungsbedarf, es muss professionalisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Handlungsbedarf gibt es auch bezüglich der Flüchtlingsunterkünfte. Glücklicherweise haben wir in Deutschland das duale Ausbildungssystem. Daraus folgt aber auch, dass es Lernräume für Flüchtlinge in den Flüchtlingsunterkünften geben muss. Es wäre absurd, wenn den jungen Menschen die Möglichkeit einer Ausbildung gegeben wird, aber nicht die notwendigen Räumlichkeiten, um sich beispielsweise in Ruhe auf die Berufsschule vorzubereiten.

Wichtig ist natürlich auch, dass die Bundesebene bald regelt, dass geduldete Menschen, die eine Ausbildung machen, während dieser Ausbildungszeit nicht abgeschoben werden dürfen. Das bietet nicht nur den Auszubildenden, sondern auch den Unternehmen Sicherheit und stellt für Hamburg eine große Chance dar, die wir nicht verpassen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Daher werbe ich dafür, der Überweisung an den Ausschuss zuzustimmen, sobald dieser wieder tagt oder sich überhaupt konstituiert und nicht mangels Themen abgesagt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

**Kazim Abaci** SPD:\* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien beziehungsweise von unbegleiteten jungen Flüchtlingen hat für uns eine sehr hohe Priorität. Alle verantwortlichen Stellen arbeiten deshalb auch gemeinsam daran, die für alle geltende Schulpflicht umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Integration und Aufstieg durch Bildung sind uns sehr wichtig. Schulen mit Basisklassen oder internationalen Vorbereitungsklassen werden regelhaft mit Lehrkräften und mit Sozialpädagogen versehen. Eine durchschnittliche Anzahl von 15 Schülerinnen und Schülern pro Klasse ermöglicht eine intensive pädagogische Arbeit. Diese Arbeit ist notwendig, um erfolgreiche Bildungskarrieren und eine nachhaltige Integration zu ermöglichen. Die in-

**(Kazim Abaci)**

ternationalen Vorbereitungsklassen verteilen sich über sämtliche Schulformen und Bezirke hinweg. Es ist nach wie vor unser zentrales Anliegen, Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge nicht an wenigen Standorten zu isolieren, sondern sie in den Schulbetrieb und damit auch in eine Regelbeschulung zu integrieren.

Einen Sonderfall bilden manche jugendliche Flüchtlinge im Alter zwischen 17 Jahren und Anfang 20. Sie sind in der Regel schon zu alt für die Regelbeschulung. Sie können theoretisch nach Ablauf einer Wartezeit von drei Monaten nach der Asyl-Antragsstellung eine Berufsausbildung beginnen, anerkannte Asylberechtigte und Geduldete sogar jederzeit. In der Praxis ist die Aufnahme einer Berufsausbildung von vielen, sehr unterschiedlichen Hindernissen begleitet, insbesondere von fehlenden Deutschkenntnissen.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion. Sie schlagen in Ihrem Antrag vor, eine "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" zu gründen, in der die Unterstützung aus Politik, Wirtschaft, Sport und Gesellschaft gebündelt werden soll. Junge Flüchtlinge sollen angesichts des aktuellen Fachkräftemangels besser bei der Aufnahme einer Berufsausbildung unterstützt werden. Darüber hinaus fordern Sie die Einrichtung von Lernräumen für junge Flüchtlinge, die diesen die notwendige Ruhe zum Lernen bieten. Dieser Forderung wird niemand widersprechen. Ich frage mich allerdings, warum Sie glauben, dass Sie die Ersten sind, die zu dieser Erkenntnis kommen.

*(Nebahat Güçlü fraktionslos: Quatsch! – Dennis Thering CDU: Das hat keiner behauptet!)*

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, dass sich in Hamburg in diesem Bereich viel getan hat und weiterhin tut.

Jugendliche Flüchtlinge so schnell wie möglich in die Berufsausbildung zu bringen und dabei zu betreuen ist in Hamburg handlungsleitend. In Hamburg gibt es ein sehr gut funktionierendes Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung. Dorthin gehört das Thema der Ausbildung junger Flüchtlinge, denn dort sitzen die Kammern, die Arbeitsagentur und maßgebliche Akteure. Eine Parallelstruktur zu erfinden, die noch mehr Gremien schafft, ist nicht zweckmäßig. In diesem Aktionsbündnis gibt es ein Planungsteam, das gerade daran arbeitet und prüft, welche Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen fehlen und wie diese konzipiert sein müssen, ohne Doppelstrukturen zu erzeugen. Dort sitzen alle Partner der Jugendberufsagentur und damit auch alle notwendigen fachlichen Kompetenzen mit den künftigen Kostenträgern.

Zum Thema Sport. Flüchtlingskinder werden über das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht und haben Zugang zu den Sportvereinen. Wenn man den

Hamburger Sportbund einbinden will, dann muss man auch die anderen Kultur- und Freizeitbereiche einbeziehen. Für die Vermittlung von Sportangeboten eine neue Struktur zu bilden scheint ebenfalls wenig sinnvoll. Das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung hat zwar keinen so schicken Namen wie "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration", inhaltlich entspricht es aber längst dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern.

Darüber hinaus erarbeitet die BASFI zurzeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Vorschläge zur Kompetenzfeststellung, Beratung und Vermittlung an einem Standort. Vorbild dafür ist die Struktur der Jugendberufsagenturen.

Meine Damen und Herren von der CDU! Sie fordern in Ihrem Antrag ein Programm mit 100 Plätzen für junge Flüchtlinge, die einen Ausbildungsplatz, ein Sportangebot im Verein und besondere Fördermaßnahmen erhalten sollen. Ich finde diesen Vorschlag nicht besonders ambitioniert. Sie wollen ein Bildungsangebot für wenige, wir wollen jedoch ein breites und qualifiziertes Angebot für alle, und daran arbeiten wir. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

**Antje Möller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Grunwaldt, ich finde Ihren Antrag gar nicht schlecht. Er ist sprachlich anders, als man das von vielen anderen CDU-Anträgen kennt, nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit. Er besagt ganz klar, dass es ein Problem auf dem Arbeitsmarkt gibt, und er formuliert auch sehr deutlich, dass Sie für die Flüchtlinge eine bessere berufliche Perspektive wünschen. Damit sind wir aber auch schon am Ende, denn das, was Sie dann im Detail als Petitionspunkte anführen, ist etwas sehr Kleines und Enges, das vielleicht irgendwann einmal 100 Menschen erreichen könnte und ihnen auch weiterhelfen könnte. Die Gesamtlage jedoch, in der sich Flüchtlinge, Flüchtlingsfamilien oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge befinden, ändert sich dadurch überhaupt nicht. Das ist aber unser Hauptproblem bei dem Thema.

Darüber hinaus gibt es – Kazim Abaci hat viele Beispiele genannt – natürlich schon sehr viele Ansätze. Es ist auch nicht so, dass man das im Netz nicht finden kann. Und es ist auch nicht so, dass jemand, der die deutsche Sprache noch nicht so beherrscht, nicht alles lesen könnte. In der Regel sind diese Angebote mehrsprachig, die Adressen bekannt und gut eingebettet in die hamburgische Angebotslandschaft von verschiedenen Trägern, Vereinen und unterstützenden Menschen, die vor allem das Ziel haben, den jungen Menschen, die

**(Antje Möller)**

hier ankommen – egal, ob sie mit einer Familie oder allein ankommen –, zu einer möglichst weitgehenden Bildung zu verhelfen und dann ebenfalls zu einer Ausbildung und Arbeit. Wir haben hier also schon sehr viel.

Es gibt Bewegung, die Dinge weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim HIBB, wo an einem Ersatz für die bisherigen Berufsvorbereitungslehrgänge gearbeitet wird. Es gibt die duale Ausbildung, auch da begleitet im Betrieb. Das ist dieses integrierte Modell, das Sie möglicherweise meinen, wenn Sie von einer Begleitung durch eine Vertrauensperson sprechen. Ich glaube, es kann nicht das Thema Vertrauensperson sein, sondern wir brauchen ein Regelangebot, das dazu führt, dass die Menschen, die in eine Ausbildung gehen, einerseits in ihrer sprachlichen Kompetenz genügend geschult sind und sie andererseits innerhalb der ganzen Ausbildung und der Anforderungen begleitet werden.

Die Jugendberufsagentur hat sich auf ein Modellprojekt verständigt. Die Agentur für Arbeit arbeitet an diesem Thema. Ich denke, da passiert schon viel mehr, als Sie mit Ihren zwei Petitionspunkten von uns wollen.

Sie schreiben, es müssten – so nennen Sie es – für junge Flüchtlinge in den Folgeunterkünften in ausreichendem Maße Lernräume zur Verfügung stehen. Das ist im Prinzip richtig, es erfasst jedoch gar nicht die Lebensrealität all der Menschen, die in den Folgeunterkünften oder schon in der zentralen Erstaufnahme leben. Wir brauchen auch ruhige Orte für diejenigen, die für ihren Sprachkurs lernen, ebenso für die Kinder und Jugendlichen, die noch zur Schule gehen. Der gesamte Standard, die gesamte Ausrichtung und Betreuung in der öffentlichen Unterbringung muss dafür Raum schaffen. Da reicht so ein kleiner Hinweis, dass Sie Lernräume in ausreichendem Maße wollen, aus unserer Sicht nicht.

Die Frage, wie schnell das alles gehen kann und wie viele Menschen man erreichen kann, wird davon abhängen, wie sehr wir alle, die wir mit Flüchtlingen zu tun haben und mit ihnen arbeiten, vorankommen, wie schnell die Arbeitsagentur, wie schnell aber auch das zuständige Bundesamt hier voranschreitet. Diese Frage hat auch mit Geld zu tun, vor allem aber mit der Werbung für die Qualitäten und Potenziale der jungen Flüchtlinge, die hier nicht verkümmern sollen. Wir wollen sie ernst nehmen und fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zuständige Bundesamt hat im Übrigen auch schon eine neue Integrationsrichtlinie mit dem besonderen Fokus auf der Förderung von Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen, um sie in Qualifizierung und Ausbildung zu bringen, aufgelegt. Hier ist der hamburgische Trägerverbund, unter anderem "Fluchtort Hamburg", längst mit ein-

gebunden. Das, was Sie neu stricken wollen, würde sich verdoppeln und vielleicht verheddern im schon längst existierenden Netzwerk mit seinem Hamburger Angebot. Von daher ist es überflüssig und unnötig. Jede Institution, die mit hinein will in die Unterstützung der Qualifizierung der Ausbildungsmöglichkeiten von jungen Flüchtlingen, ist doch herzlich willkommen. Dafür muss man nicht einen Extra-Antrag schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie wichtig die Kombination mit Sport ist, ist ein anderes Thema. Vielleicht ist es für den einen oder die andere viel wichtiger, kulturellen, musikalischen Interessen zu folgen. Ihr Vorschlag erscheint mir zwar als eine Idee, aber viel zu wenig umsetzbar und viel zu wenig an den Flüchtlingen dran, die mit ihren sehr individuellen Bedürfnissen, mit dem, was sie sich eigentlich für ihre Lebensperspektive in Deutschland wünschen, hierher kommen. Wenn sie dann in ein Projekt mit 100-mal Ausbildung und 100-mal Sport kommen, nur hierdurch ihre Ausbildung machen können und sie dadurch vielleicht darauf verzichten, beispielsweise ein Musikinstrument zu erlernen, dann halte ich das für den falschen Weg. Das war zugespitzt, ich gebe es zu, Herr Trepoll.

Es ist also ein wichtiges Thema in dem Antrag mit einem guten, unterstützenden Tenor von der CDU. Das freut mich tatsächlich sehr, und ich hoffe, wir arbeiten gemeinsam an diesem mühsam zu drehenden, großen Rad. Wir sollten uns aber nicht in kleinen Sonderprojekten verheddern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Möller, durch das Lob hat Herr Trepoll jetzt eine Zwischenfrage an Sie. Würden Sie die beantworten wollen?

**Antje Möller** GRÜNE: Ich höre noch zu und beantworte sie noch, Herr Trepoll.

**Zwischenfrage von André Trepoll** CDU: Vielen Dank, Frau Möller. Bei den ganzen Argumenten, die Sie genannt haben, können Sie meiner Fraktion noch einmal erklären, was dann gegen eine Ausschussbefassung spricht? Es ist doch durchaus ein Thema, das sich fast tagesaktuell immer weiterentwickelt. Da der zuständige Ausschuss meiner Kenntnis nach noch nicht einmal getagt hat, würde es doch Sinn machen, dass wir diese Argumente dort vertieft austauschen.

**Antje Möller** GRÜNE (fortfahrend): Nur, damit ein Ausschuss einmal tagt, irgendeine Drucksache zu überweisen, halte ich nicht für das richtige Argument. Ich glaube, wir können uns im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Monaten si-

**(Antje Möller)**

cherlich auch mit diesem speziellen Segment der Arbeitsmarktpolitik an geeigneter Stelle befassen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

**Cansu Özdemir DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Grunwaldt, für uns ist es fragwürdig, ob gerade eine solche Allianz wirklich dazu beitragen kann, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Es gibt Erfahrungen mit dem Sonderprogramm des Bunds zur Förderung der beruflichen Maßnahmen von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus der EU, kurz "Mobi-Pro-EU" genannt. Auch Hamburg beteiligt sich daran. Und diese Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade Bürgerinnen und Bürger aus Ländern wie Italien, Ungarn oder Griechenland, eben alle Länder, in denen die Wirtschaftskrise dazu geführt hat, dass es eine massive Jugendarbeitslosigkeit gibt, dann in Deutschland auf jene Ausbildungsplätze kommen, für die Betriebe keine deutschen Jugendlichen finden, weil das Interesse für diese Ausbildungsplätze nicht mehr so groß ist. Sie sind vor allem im Bereich der Gastronomie, und hier können wir in einigen Fällen schon deutlich sagen, dass es dort schlechte Arbeitsbedingungen gibt und auch Verletzungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Arbeitszeitgesetze. Azubis werden massenhaft als billige Arbeitskräfte ein wenig ausgebeutet. Gleichzeitig werden hier die geringsten Ausbildungsvergütungen gezahlt. Es gibt einen Hamburger Soziologen, der das wirklich treffend formuliert hat. Vassilis Tsianos sagte, dass er es als eine sehr prekäre Form von Arbeitsmobilität von EU-Bürgerinnen und -bürgern sieht.

Bei dem ersten Punkt in Ihrem Antrag stört uns daher, dass die Gewerkschaften gar nicht mit berücksichtigt werden. Gerade wenn Flüchtlinge in Ausbildungsplätze kommen, ist es für uns sehr wichtig, dass Gewerkschaften in solche Allianzen von Anfang an mit einbezogen werden, wenn sie denn gegründet werden. Die Flüchtlinge müssen nämlich auch die Möglichkeiten haben, wenn es beispielsweise zu Gesetzesverstößen an ihrem Ausbildungsplatz kommt, einzugreifen und Verbesserungen durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden Punkt 2 absolut unterstützenswert. Sie greifen die Lernräume auch in Ihrem umfangreichen Antrag auf, den Sie nicht zur Debatte angemeldet haben, sondern nur zur Überweisung. Sie nennen auch zusätzlich Ruhe- und Sozialräume. Das finden wir wirklich unterstützenswert, denn es ist vor dem Hintergrund der beengten Räume in den Flüchtlingsunterkünften notwendig. Aber das kann aus unserer Sicht nur ein Trostpflaster sein

für ein Leben ohne Privatsphäre in der zentralen Erstaufnahme und in der Nachfolgeunterbringung. Aber es ist immerhin eins.

Deshalb finden wir es auch wichtig, dass gerade bei diesem Punkt – auch wenn es das Netzwerk "Fluchttort" gibt, das auch vom ESF mit finanziert wird und eine gute Beratungsarbeit leistet – die Hürden, die den Zugang erschweren, herabgesetzt werden. Wenn Sie also sagen, dies sei für 100 Flüchtlinge, dann finden wir das zu wenig. Dementsprechend wäre es schon sehr wichtig, dass beispielsweise beim Nachtragshaushalt, der bald eingereicht wird, noch einmal die Kapazitäten berücksichtigt werden und dass es bei diesen Beratungsstellen eine Erhöhung der Kapazitäten geben sollte. Im Endeffekt nämlich, wie es auch die Zahlen zeigen, werden immer mehr Flüchtlinge in die Stadt kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb enthalten wir uns bei Punkt 1, weil uns der Aspekt Gewerkschaften fehlt. Punkt 2 können wir zustimmen, auch einer Überweisung an den Ausschuss. Wir finden es, ehrlich gesagt, auch ein bisschen komisch, dass der Antrag nicht überwiesen wird. Wir halten es nämlich für wichtig, auch wenn wir nicht Ihrer Position sind, dass man wenigstens die Möglichkeit hat, durch einen Antrag im Ausschuss darüber zu sprechen, weil uns das Thema in den nächsten Jahren immer wieder in der Bürgerschaft begegnen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

**Jennyfer Dutschke FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen den Antrag der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen unsere Gesellschaft vor die Herausforderung, geeignete Maßnahmen und Konzepte zur Integration entwickeln zu müssen.

Der vorliegende Antrag sieht vor, zunächst einen Modellversuch für 100 junge Flüchtlinge zu starten und diese durch einen Ausbildungsplatz und gezielte Förderung zu unterstützen. Er ist ein guter Beitrag zur Integration und geht in die richtige Richtung. Er geht uns jedoch nicht weit genug, und ich möchte Ihnen kurz begründen, warum.

Sie gehen in der Präambel Ihres Antrags auf das dreimonatige Arbeitsverbot ein. Das gehört abgeschafft.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso die bis zum 15. Monat geltende Vorrangprüfung. In Zeiten des demografischen Wandels,

**(Jennyfer Dutschke)**

des Fachkräftemangels und sinkender Arbeitslosigkeit gibt es keine Rechtfertigung für derartige Regelungen und Bürokratie. Deshalb: Modellversuch ja, aber bitte so schnell es geht. Die Integration in den Arbeitsmarkt muss viel schneller erfolgen.

Die Idee einer "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" in Kooperation mit Handwerkskammer, Arbeitsagentur und Sportbund befürworten wir. Wenn das Bündnis für Bildung und Beschäftigung, das hier angesprochen wurde, an einem Konzept arbeitet, dann freut uns das. Und an welcher Stelle man ein solches Projekt letzten Endes ansiedelt, ist auch nicht entscheidend. Wichtig ist, dass etwas passiert.

Nun wieder zum CDU-Antrag. Gerade weil es sich hierbei um ein staatlich koordiniertes Projekt handelt, sollte auch das Interesse des Arbeits- und Ausbildungsmarkts hier vor Ort berücksichtigt werden. Das heißt, durch eine gezielte Steuerung könnte daraufhin gearbeitet werden, dass Flüchtlinge innerhalb des Modells in genau den Berufen ausgebildet werden, in denen wir dringend Fachkräfte suchen.

Es ist sicherzustellen, dass die auszubildenden Flüchtlinge während der Ausbildung nicht abgehoben werden dürfen. Wir müssen ihnen Bleibeperspektiven eröffnen, insbesondere dann, wenn sie eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung nachweisen können und am Arbeitsmarkt gebraucht werden.

(Beifall bei der FDP)

Das muss gerade auch für diejenigen gelten, die mit ihren Kenntnissen die Fachkräftelücke schließen könnten.

In dem Zusammenhang sollte darüber hinaus regelmäßig überprüft werden, ob ein Flüchtling die Voraussetzungen zur Einwanderung erfüllt und ob ein vernünftiger, unkomplizierter Wechsel zwischen den Rechtskreisen Asyl und Einwanderung an dieser Stelle umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern in Ihrem Antrag ein Sportangebot, darüber haben wir heute schon gesprochen. Natürlich leistet Sport einen wichtigen Beitrag zur Integration, und insofern ist es auch zu begrüßen, dass das Angebot von Sportvereinen Bestandteil dieses Modells wird. Aber um auch weniger Sportbegeisterte partizipieren zu lassen, sollte man darüber hinaus andere Interessen und Talente fördern. Deshalb regen wir auch an, Kulturvereine und Stadtteilzentren daran zu beteiligen.

Was das zweite Petitum betrifft: Natürlich brauchen wir ausreichend Lernräume, sie müssen zur Verfügung gestellt werden. Aber bei den vorherrschenden Platzproblemen sollte Ihnen auch klar sein, dass das zwar eine nette und auch wichtige Ab-

sichtserklärung ist, aber dass sich das vermutlich nicht so einfach umsetzen lässt, wie man es umsetzen möchte.

Wir werden dem CDU-Antrag und dem Überweisungsbegehren insofern zustimmen, sehen aber noch Optimierungspotenzial in der Ausgestaltung.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Leider ist es ein schwaches Signal, dass nun die Koalition diesen Antrag nicht überweisen will, denn mit einer Ausschussüberweisung hätten Sie zumindest signalisiert, dass Sie ernsthaft bemüht sind, mit uns zu diskutieren. Insofern hätten wir uns konstruktive Beratungen gewünscht.

(Beifall bei der FDP – Kazim Abaci SPD: Das habe ich gerade alles dargestellt!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

**Dr. Bernd Baumann AfD:**\* Meine Damen und Herren! Es gibt kaum ein langfristig wichtigeres Thema als den Fachkräftemangel, auch zusammen mit dem Thema Einwanderung, Asyl und Flüchtlinge. Deswegen ist es schade, dass die Reihen hier so gelichtet sind, wenn wir darüber diskutieren.

Wir von der AfD haben uns des Themas schon früh angenommen, wir waren sogar die erste und einzige Partei, wenn ich das kurz in Erinnerung rufen darf, die bereits 2013 in ihrem Programm hatte, dass Asylbewerber schon ab Antragstellungstag das Recht haben sollten zu arbeiten, wenn sie denn wollen, damit sie sich im Fall der Anerkennung schneller integrieren können. Sie sollten nicht herumsitzen müssen, wenn sie anpacken wollen, das hat auch etwas mit Menschenwürde zu tun.

Die CDU will nun mit ihrem Antrag für Asylbewerber eine "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" gründen. Die soll aus Politik, aus Wirtschaft, Gesellschaft, Handwerkskammer und Arbeitsagentur bestehen und soll sich treffen, um Flüchtlinge zwischen 16 und 35 Jahren besser in Ausbildung zu bringen. Ein neues Gremium also, das diese Prozesse, die rechtlich bereits möglich sind und vielfach auch praktiziert werden, unterstützen soll für mehr Fachkräfte. Die Absicht ist sehr gut, man muss aber sehen, dass es bereits entsprechende Gremien gibt. Eine Verzettelung würde der Sache überhaupt nicht helfen. Ich erinnere nur an das Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg – Hamburger Fachkräfte-Netzwerk. Da sind doch schon alle mit dabei: Die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Unternehmensverband Nord, die Gewerkschaften, die Arbeitsagentur, die Behörden für Schule, Wirtschaft, Justiz und so weiter, also sämtliche Wirtschafts- und Sozialpartner, Arbeitsverwaltung, betroffene Fachbehörden, die eng beim Thema Fachkräftemangel und Ausbildung zusammenarbeiten.

**(Dr. Bernd Baumann)**

Es gibt da viele Arbeitsgruppen, und eine davon befasst sich allein mit Zuwanderung. Dort müsste das angesiedelt sein. Es macht doch keinen Sinn, die gleichen Gruppen, die gleichen Verbände und die gleichen Behörden noch einmal zusammenzusetzen, um dieses Spezialthema zu behandeln. Wir sind dafür, dass es hier integriert wird.

Daneben gibt es weitere Initiativen, die sehr gut sind, die funktionieren und das Thema aufgreifen, beispielsweise im Rahmen der Hamburger Strategie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, das Bündnis für den Mittelstand, Masterplan Handwerk und Masterplan Industrie.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Alle befassen sich mit dem Fachkräftemangel, inwieweit hier Zuwanderung helfen kann und was man tun kann, um das zu entwickeln und zu qualifizieren. Wir lehnen deshalb diesen zusätzlichen CDU-Antrag ab, weil er einfach ein zusätzliches Gremium schafft gleicher Teilnehmer für das gleiche Thema. Das ist eine Verzettelung, dem würden wir uns nicht anschließen.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse* und *Dirk Nockemann*, beide *AfD*)

Bei der Gelegenheit noch ein paar Gedanken darüber hinaus. In diesen Gedanken ist noch etwas anderes angelegt, das noch weiterführt, nämlich inwieweit man die Flüchtlings- und Asylpolitik einerseits und die Einwanderungspolitik – Klammer auf: auch das Suchen nach Fachkräften, Klammer zu – andererseits miteinander kombinieren oder vermengen kann.

Beim Asylrecht geht es um den reinen Schutzgedanken für Menschen von Verfassungsrang. Da wird der Mensch angeschaut, ob er das Recht hat, zu uns zu kommen, dann kommt er zu uns und bleibt bei uns. Bei der Einwanderungspolitik und der Suche nach Fachkräften geht es nach den Erfordernissen der jeweiligen Länder. Es geht nach ökonomischen Erfordernissen, es geht nach Interessen, und das ist etwas ganz anderes. Deswegen haben wir von vornherein immer die Ansicht vertreten, dass man das voneinander trennen muss.

Es zeigt sich in dem Antrag, das ist sozusagen unterschwellig, dass hier auch Fachkräftemangel bekämpft werden soll und Flüchtlinge als Fachkräftepotenzial für Unternehmen gesucht werden sollen. Und das ist unter Umständen eine ungute Gemengelage. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Wenn man weiterschaut, wie die Politik in Deutschland sich entwickelt, dann gibt es – ganz neu, gerade vom letzten Donnerstag, dem 18. Juni – ein Protokoll der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder. Dort ist bereits davon die Rede, dass für Flüchtlinge und Ge-

duldete mit guter Bleibeperspektive ein neuer Gesetzentwurf initiiert werden soll, ein Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts, sodass man versucht, über die Flüchtlingspolitik ganz dezidiert in die Einwanderungspolitik überzugehen, indem man neue Bleiberechtsbestimmungen für genau diesen Zweck schafft. Baden-Württemberg hat sich dem verschrieben, Bayern hat streng gegen einen neuen gesetzlichen Aufenthaltsstatus für junge Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung votiert.

Schaut man sich einmal an, wie die Einwanderungsländer das machen, die überaus erfolgreich sind, was Integration und Qualifizierung angeht, und die es auch schaffen, wirklich junge Leute von jenseits der Grenzen in Arbeit und Brot und in Ausbildung zu bringen, dann sieht man beispielsweise in neuen OECD-Studien, dass Kanada es schafft, dass 47 Prozent der Immigranten nach Kanada einen Hochschulabschluss haben. Die sind sofort integriert, Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik funktionieren hervorragend. Die USA schaffen es zu 30 Prozent. Europäische Länder wie Großbritannien haben 39 Prozent, Österreich 25 Prozent, Schweiz 24 Prozent und Frankreich 23 Prozent Hochschulabsolventen unter den Migranten. Und Deutschland? 15 Prozent. Das sind die Dinge, bei denen wir uns überlegen müssen, wie wir sie besser machen können, wie wir vorankommen können und wie wir von Ländern lernen können, die nicht nur diese Quoten haben, die für sich ja nackt und kalt sind, sondern dahinter stehen auch eine erfolgreiche Einwanderung und eine erfolgreiche Integration, die da passiert.

Bei den Skilled Migrants, den Migranten mit Berufsausbildung, ist es ähnlich. Auch da liegt Deutschland meilenweit hinten. Diese Länder haben die höheren Integrationserfolge, und das sind auch alles durch und durch demokratische Länder und nicht in irgendeiner Weise menschenfeindlich oder brutal. Deshalb haben wir schon 2013 ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild vorgeschlagen, und die SPD, wenn Sie das verfolgt haben, hat das in den letzten Wochen übernommen. SPD-Fraktionschef Oppermann und andere haben quer durch alle Medien kundgetan, dass die SPD jetzt auch dieses Punktesystem verfolgt, und das würden wir unterstützen. Man kann manchmal auch von der *AfD* lernen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der *AfD*)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Das Wort erhält jetzt die fraktionslose Abgeordnete Güçlü.

**Nebahat Güçlü** fraktionslos: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt am Ende gefragt, was die eine Thematik mit Einwanderungspolitik und dem Punktesystem zu tun hat. Es ist auch keine neue Entdeckung, sondern darüber

**(Nebahat Güçlü)**

diskutieren viele andere Parteien schon seit Jahrzehnten.

Ich möchte noch einmal auf den Antrag der CDU zurückkommen. Ich freue mich über den Antrag, auch wenn er mit großen Ansprüchen daherkommt und am Ende, wie viele Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt haben, ziemlich klein bleibt in den Petitionspunkten. Ich möchte eines vorab sagen: Der Antrag der CDU ist im Kern sinnvoll und auch unterstützenswert. Er reiht sich ein in eine Vielzahl von Ideen und Ansätzen, wie wir mit Flüchtlingen in unserer Stadt umgehen sollten und wie Integration gelingen kann. Genau das ist gleichzeitig auch das Problem. Wir debattieren über Ort und Art der Unterbringung von Flüchtlingen, über Ehrenamt, über minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, über medizinische Versorgung, über Einbindung in Kita und Schule, über Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten, aber alles bleibt, überspitzt gesagt, Flickschusterei. Das ist mir sehr wichtig zu sagen. Dabei sind in allen Vorschlägen Lösungen enthalten, doch diese Lösungen könnten in einer Gesamtschau viel mehr Wirkungskraft entfalten. Aber genau diese Gesamtschau und ein Gesamtkonzept fehlen. Es fehlt eine vernünftige Bündelung der Ressourcen, die durchaus da sind, und nicht zuletzt deswegen fehlt es an einer Willkommenskultur, die ihren Namen wirklich verdient.

Deswegen plädiere ich für einen Hamburger Flüchtlingsgipfel – ich habe das an dieser Stelle schon öfter gesagt –, der alle Facetten beleuchtet, alle Fragen thematisiert, Defizite aufdeckt, Ideen und Ressourcen bündelt und Handlungsstrategien entwickelt. Ausgehend davon plädiere ich für die Einrichtung eines Flüchtlingsbeirats nach dem Vorbild des Integrationsbeirats, in dem alle relevanten Akteure in diesem Feld zusammengefasst werden. Und noch weiter heruntergebrochen plädiere ich dringend für das Einsetzen einer hauptamtlichen Koordinationsstelle für Flüchtlingsfragen in jedem Bezirk.

Um auf den CDU-Antrag zurückzukommen: Fachkräftemangel als ein Problem, das die Politik noch nicht gelöst hat, ist uns seit vielen Jahrzehnten bekannt, und ich glaube, keiner von uns hat hierzu ein Patentrezept entwickelt. Vielleicht könnten tatsächlich Flüchtlinge hier ein Teil der Lösung sein, aber ich warne auch davor, Flüchtlinge nur unter dem Aspekt einer ökonomischen Verwertbarkeit zu betrachten, denn das wäre eine falsche Herangehensweise. Oder überspitzt gesagt: Sie könnten ja das Olympia-Projekt gleichzeitig zu einem Flüchtlingsprojekt erklären. Es ist unsere menschliche Pflicht, denen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen, ob sie nun auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden oder nicht. Dazu gehört natürlich, dass wir jegliche Infrastruktur, die es im Bereich von Integrationsangeboten in der Stadt gibt, für Flüchtlinge und Asylbewerber öffnen, und zwar ausnahmslos, also nicht nur

Sprachkursangebote, sondern auch den Zugang zu Bildung und anderen Maßnahmen wie Kultur- und Stadtteilzentren.

Ein letzter Punkt zu den Lernorten: Kein vernünftiger Mensch kann etwas dagegen haben, dass Menschen in den Unterkünften Lernorte vorfinden, die ihnen das Lernen ermöglichen. Aber machen wir uns nichts vor. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen einmal solch eine Unterkunft besucht hat. Ich glaube, die Menschen sind froh, wenn sie einmal aus diesen Unterkünften herauskommen und sich in anderen Räumen aufhalten können. Deswegen muss die Frage lauten, wo zusätzlich Lernorte geschaffen werden können. Dafür bieten sich Stadtteil- oder Kulturzentren an, Integrationszentren und vieles andere mehr, was es in der Stadt gibt. In diese Richtung müssen wir denken, aber wir müssen endlich aufhören, wie Fachärzte in Ausschnitten zu denken. Wir müssen die ganze Flüchtlingshilfe, wozu natürlich auch die Integration in Ausbildung und Arbeit gehört, zusammendenken, und dafür braucht es diesen Gipfel. Ich hoffe, dass da endlich einmal Einsicht einkehrt. – Vielen Dank.

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Vielen Dank, Frau Güçlü. – Das Wort hat Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stoßrichtung dieses Antrags ist dem Grunde nach richtig. Natürlich muss man sich insbesondere um Kinder und Jugendliche, die als Flüchtlinge nach Hamburg kommen, kümmern, weil sie wahrscheinlich die am leichtesten zu integrierende Zielgruppe von allen Flüchtlingen sind. Wir tun das aber bereits. Es gibt seit einigen Jahren das Hamburger Fachkräftenetzwerk, und dieses – das haben wir öfter diskutiert – lebt und entwickelt sich fort. Es gibt eine Arbeitsgruppe aus UV Nord, Gewerkschaften, Arbeitsagentur, Jobcenter und den beiden Kammern, die sich ausdrücklich darum kümmert, wie insbesondere junge Flüchtlinge fit gemacht werden für den Ausbildungsmarkt und wie man sie überhaupt findet und sie identifiziert. Unsere Möglichkeiten sind ehrlicherweise nicht schlecht. Wir haben 170 internationale Vorbereitungsklassen in Hamburg. Die Flüchtlinge haben einen Lernort: Das ist die Schule, das Regelsystem, sie sind schulpflichtig.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Wir werden nach der Sommerpause mit einer Nachtragsdrucksache kommen, und darin wird wieder etwas mehr stehen, was die Bildung und Beschulung von Flüchtlingskindern angeht. Wir eröffnen zurzeit pro Woche sechs Berufsschulklassen, die für ältere Flüchtlinge, die noch nicht volljährig sind und in die Schule gehen wollen, Alpha-

**(Senator Detlef Scheele)**

betisierung und Berufsvorbereitung miteinander verbinden. Und wir haben die Alphabetisierungs-klassen für diejenigen, die am weitesten zurückliegen. Aber alles ist angebunden an das Regelsystem Schule, denn ohne das Regelsystem Schule kann man kein Kind in Ausbildung bringen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gut. Die Arbeitserlaubnis wird nach drei Monaten erteilt. Und vielleicht zur Erläuterung: Bei Ausbildung gibt es keine Vorrangprüfung, das heißt, man kann sofort einen Ausbildungsplatz annehmen, ohne dass geprüft wird, ob ein EU-Inländer bevorrechtigt ist. Da gibt es keine Probleme, und deshalb müssen die Kinder und Jugendlichen, die ausgebildet werden sollen, ganz normal über die Jugendberufsagentur ab Klasse 8 im Regelschulwesen auch in die Vermittlung kommen und dann, ein bisschen begleitet mit ihren ganz besonderen Bedürfnissen, in die Ausbildung vermittelt werden. Wir haben jetzt gemeinsam mit der Schulbehörde und dem HIBB eine duale Ausbildungsvorbereitung ausdrücklich für Migrantinnen und Migranten eingerichtet, aber auch angebunden an das Regelsystem und nicht als neue Idee nebenbei, die wieder eine Schnittstelle hervorruft und wieder eingebunden werden muss, sondern das macht wie bei allen die Jugendberufsagentur, und wir hoffen, dass das dann auch zu vernünftigen Ergebnissen führt.

Ich möchte einen Punkt hinzufügen. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, sich angesichts der anhaltenden Flüchtlingsströme auch im Erwachsenenbereich mehr um die Frage zu kümmern, wie wir die Talente unter den Flüchtlingen finden und wie wir herausfinden, wer überhaupt mit welchen Qualifikationen zu uns nach Deutschland gekommen ist. Das wissen wir nämlich zurzeit nicht, weder in Hamburg noch anderswo. Deshalb bereiten wir gerade nach dem Modell der Jugendberufsagentur gemeinschaftlich eine Zusammenführung von Agentur für Arbeit, Jobcenter, Ausländerbehörde, f & w fördern und wohnen und dem Flüchtlingszentrum vor. Wir wollen modellhaft zunächst einmal mit 500 Menschen beginnen und herausfinden, wer da wohnt und was sie mitbringen. Wer ist überhaupt in der Muttersprache alphabetisiert, wer hat eine Schulausbildung abgeschlossen, und wer hat eine Berufsausbildung abgeschlossen? Wenn wir diese drei Kategorien kennen – das wissen wir nämlich zurzeit nicht, weder hier noch anderswo weiß das jemand –, dann wollen wir versuchen, modellhaft aufbauend und ähnlich wie bei der Jugendberufsagentur durch die Zusammenführung der verschiedenen Institutionen und Rechtskreise dafür zu sorgen, dass wir auch Menschen aus den Unterkünften in eine Anpassungsfortbildung bekommen, damit das Mitgebrachte, das im Ausland erlernt worden ist, hier möglicherweise zu einer

vollen Teilqualifikation oder zu einer vollen Berufs-erkennung führt.

Ich warne davor zu glauben, dass man das aus dem Hut zaubern kann. Das hat zurzeit keiner in Deutschland, und wir versuchen das. Aber ich glaube, man muss das auch deshalb machen, um das Thema Flüchtlinge auch mit einem positiven Habitus zu besetzen. Wir können nicht immer nur über Probleme reden, obwohl es große Probleme gibt. Wenn wir uns um die Arbeitsmarktintegration und die Qualifizierung kümmern, dann bekommt das auch einen Impetus, der ein anderes Licht auf dieses Thema wirft, als wir es sonst immer vor uns hertragen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Mehr wollte ich eigentlich gar nicht sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Franziska Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

**Franziska Grunwaldt CDU:**\* Es gefällt mir sehr gut, dass der Begriff Flüchtlinge positiv besetzt werden soll. Genau deswegen soll auch diese Allianz ins Leben gerufen werden. Das Regelsystem Schule haben wir zu keinem einzigen Zeitpunkt infrage gestellt. Das ist selbstverständlich, aber jeder, der einmal in die Schule gegangen ist, weiß, dass Schule allein zum Lernen nicht reicht. Da muss man auch mal Hausaufgaben machen oder sich vielleicht auf eine Klassenarbeit vorbereiten. Natürlich ersetzen Lernräume auch nicht die Ruheräume und Sozialräume in den Flüchtlingsunterkünften, aber wir dachten bei Erstellung dieses Antrags, dass es vielleicht thematisch nicht so richtig hineinpasst.

Wovon ich mich absolut distanzieren möchte, und ich glaube, Herr Baumann, Sie in erster Linie haben da nicht richtig zugehört: Ich habe ausdrücklich gesagt, es gehe nicht darum, die jungen Flüchtlinge dazu zu nutzen, um hier Fachkräftelöcher zu stopfen, überhaupt nicht, sondern es gehe in erster Linie darum, diesen Menschen eine Perspektive in unserer Stadt anzubieten. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Was ich noch einmal zu der Allianz sagen möchte: Es steht auch so in dem Antrag, dass zunächst 100 Ausbildungsplätze oder Sportangebote in einem Verein angeboten werden sollen. Das Wort "zunächst" bitte ich doch zu berücksichtigen.



**(Franziska Grunwaldt)**

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich** (unterbrechend): Frau Grunwaldt, ich stoppe jetzt erst einmal Ihre Redezeit. Aufmerksamen Beobachtern ist aufgefallen, dass von der Tribüne aus fotografiert wird. Das ist nicht zulässig. Wir bitten, dass das eingestellt wird. – Fahren Sie fort, Frau Grunwaldt.

**Franziska Grunwaldt** CDU (fortfahrend):\* Das Wörtchen "zunächst" ist das Zauberwörtchen bezüglich dieser Allianz. Natürlich soll das auch weiterhin für noch mehr junge Menschen verfolgt werden. Es geht hier um einen gesellschaftlichen Aufschlag und darum, das Bewusstsein zu schärfen, und wenn es irgendwann nicht nur der Sport ist, sondern eben auch der Chor, der einen Platz anbietet, umso besser. Das wollte ich noch einmal klargestellt wissen an dieser Stelle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/736 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Die Fraktion DIE LINKE möchte den CDU-Antrag aus Drucksache 21/736 gern ziffernweise abstimmen lassen.

Wer nun zunächst Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe.– Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 18 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/737, Antrag der GRÜNEN und der SPD-Fraktion: Für eine nachhaltige Essensversorgung in Schulen sorgen – Produktionsküchen einrichten!

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:**

**Für eine nachhaltige Essensversorgung in Schulen sorgen – Produktionsküchen einrichten!**

**– Drs 21/737 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Gemeinsame Nutzung von Produktionsküchen durch benachbarte Schulen verwirklichen**

**– Drs 21/867 –]**

**[Antrag der AfD-Fraktion:  
Für eine nachhaltige Essensversorgung in Schulen sorgen – Produktionsküchen einrichten!**

**– Drs 21/886 Neufassung –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 21/867 und 21/886 Neufassung Anträge der CDU- und der AfD-Fraktion vor. Die Drucksachen 21/737 und 21/867 möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Vonseiten der AfD-Fraktion liegt ein Überweisungsbegehren der Drucksache 21/737 an den Schulausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau von Berg von der GRÜNEN Fraktion, Sie bekommen es.

**Dr. Stefanie von Berg** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offensichtlich hat dieses Thema gleich dazu angeregt, essen zu gehen, und alle sind erst einmal in den Nachbarraum gegangen.

Das Thema Essen an Schulen ist tatsächlich ein Dauerbrenner, nicht nur in Hamburg, sondern deutschlandweit, und da mittlerweile in Hamburg fast 100 Prozent aller Schulen Ganztagschulen sind, hat alles rund um das Thema Essen eine ganz besondere Bedeutung erhalten. Auch die Evaluation an Schulen mit ganztägiger Bildung und Betreuung hat gezeigt, dass das Thema Essen und die Qualität des Essens ein wichtiger Punkt ist, der die Zufriedenheit der Eltern und auch der Kinder beeinflusst. Ich freue mich, hier diesen Antrag einbringen zu können und dass wir ihn heute auch abstimmen, denn die rot-grüne Regierung hat diese Bedeutung erkannt und wird jetzt alles tun, damit tatsächlich die Essensqualität an Schulen immer weiter gesteigert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir investieren in den nächsten fünf Jahren in die Zukunft. Wir investieren dahinein, dass das Thema Essen an Schulen nicht nur Schulverpflegung ist, sondern Schulgastronomie, meine Damen und Herren, und das ist eine wirkliche und nachhaltige Investition in die Zukunft. Ich finde, das ist eine gute Nachricht für Hamburgs Schulen und Hamburgs Eltern, ihre Kinder und auch die Lehrkräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben bereits jetzt in Hamburg etwa 65 Schulen, wo frisch gekocht wird, und nach dieser Legislaturperiode werden es mindestens 85 Schulen sein. Das ist auch eine sehr gute Nachricht, und ich freue mich für die vielen Zehntausend Kinder, die davon profitieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)